

DEUTSCHLAND

Pegidas Vorbild? Die Schweiz

Bei ihrer Kritik an der Pegida-Bewegung und ihren Mitgliedern verfehlen Politikerinnen und Kommentatoren das Ziel. Das könnte weitreichende Folgen haben.

VON WOLFGANG STORZ, FRANKFURT

Massenmedien und Politik stehen in Deutschland wie eine Eins. Natürlich verurteilen sie die Anschläge in Paris. Weitaus weniger selbstverständlich ist der Tenor, mit dem sie die Verhältnisse im eigenen Land darstellen: Wir leben mit fast allen der etwa vier Millionen MuslimInnen sehr gut zusammen, wir können also Ruhe bewahren und tolerant bleiben, nur mit ganz wenigen Islamisten gibt es Probleme.

Damit führen sie eine Linie fort, die sich seit Monaten abzeichnet: In Deutschland äussern sich fast alle Verantwortlichen, ob aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, nur noch weltoffen und alles andere als ausländerfeindlich. Und dies, obwohl es im Jahr 2013 eine hohe Nettozuwanderung von 450000 Menschen gab.

Verglichen mit vor ein, zwei Jahrzehnten ist dies eine Kehrtwende. Als Ende der achtziger Jahre ebenfalls so viele Flüchtlinge ins Land kamen, war die allgemeine Stimmung aufgeheizt. SPD, FDP und die Unionsparteien verschlechterten mit Unterstützung einer breiten Mehrheit in Bevölkerung und Medien das damals noch grosszügige Asylrecht grundlegend: Sie raubten ihm Kenntlichkeit und Substanz. Und bis vor wenigen Jahren hatten vor allem Anhängerinnen und Politiker von CDU und CSU noch hörbare Probleme, das zu sagen, was schon lange Wirklichkeit ist: Deutschland ist ein Einwanderungsland.

Geschäftsschädigende Intoleranz

Woher also die Ausländerfreundlichkeit heute? Die möglichen Gründe: Die Arbeitslosigkeit ist mit weniger als drei Millionen offiziell Gemeldeten vergleichsweise gering. Die heutigen ZuzügerInnen kommen zu zwei Dritteln aus der EU und sind im Durchschnitt sehr viel besser qualifiziert als früher. Und: Der Wirtschaft droht ein Mangel an FacharbeiterInnen, sie hat deshalb ein grosses Interesse an ausländischen Arbeitskräften – in einer Nation, die mit Exporten ihr Geld verdient, kommt Intoleranz sowieso einer Geschäftsschädigung gleich. Zur Abrundung dieses Trends: Bereits vor einigen Jahren hat sogar die Union ihre ideologische Schlacht gegen die Zuwanderung eingestellt, und Kanzlerin Angela Merkel betonte noch Anfang der Woche zum wiederholten Mal, der Islam gehöre zu Deutschland.

Dieses blütenweisse politische Gewand hat nur einen hässlichen Fleck, und auf den zeigen alle mit Verachtung: Pegida, die «Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes». PolitikerInnen und Medien wissen genau, wer das ist: rechtspopulistische, nein, rechtsradikale HetzerInnen gegen AusländerInnen, für die sich Deutsche schämen müssen.

In den Ohren des (nach Einschätzung von PolitikwissenschaftlerInnen) meist kleinbürgerlichen Pegida-Mitdemonstranten wird sich das so anhören: Ich demonstriere hier, weil ich Kritik am Islam habe, vielleicht sogar Angst vor Islamisten, und werde allein deshalb von Politik und Medien als rechtsradikaler Fremdenfeind ausgegrenzt. Gibt es in den Pegida-Ohren einen besseren Beweis für eine «Lügenpresse», die über seine Anliegen nicht oder verfälscht berichtet?

Wie glaubwürdig sind die Pegida-KritikerInnen? Merkel hat bei den Pegida-DemonstrantInnen «Vorurteile, Kälte, ja sogar Hass» ausgemacht. Doch Hass ist in Politik und Medien ebenfalls weit verbreitet. Noch vor drei Jahren bewarben der «Spiegel» – Titel: «Volksheld Sarrazin» – und «Bild» Arm in Arm mit Vorabdrucken das latent islamgegenerische Buch von Thilo Sarrazin und trugen damit dazu bei, dass daraus ein Bestseller wurde. Bereits 2007 hatte der «Spiegel» mit dem Titel «Mekka Deutschland. Die stille Islamisierung» aufgemacht. Und die mitregierende CSU versuchte sich zuletzt vor knapp einem Jahr mit einer Kampagne gegen AusländerInnen («Wer betrügt, der fliegt») und empfahl vor wenigen Monaten, der Fremde möge doch auch zu Hause deutsch sprechen.

Natürlich berichten viele Medien zu Recht über die Rolle, die Rechtsradikale bei Pegida spielen. Und zu Recht kritisieren sie die Sprache der DemonstrantInnen. Allerdings könnten die Medien stärker darüber informieren, welche Positionen die Pegida-InitiatorInnen für sich reklamieren. Auf einem ihrer ersten Transparente war zu lesen: «Keine Glaubenskriege auf deutschem Boden». In einem 19-Punkte-Papier fordern sie unter anderem: «Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und Verfolgten», «Aufnahme des Rechts auf und die Pflicht zur Integration ins Grundgesetz», «Zuwanderung nach dem Vorbild der Schweiz», «gegen das Zulassen von Parallelgesellschaften»,

«gegen dieses wahnwitzige Gender-Mainstreaming», «Einführung von Bürgerentscheidungen nach dem Vorbild der Schweiz», «Pegida ist gegen Hassprediger, egal welcher Religion».

Nun sagen die KritikerInnen: Dieses relativ Harmlose ist reine Tarnung, in Wirklichkeit sind das doch nur rechtsradikale Hetzer. Das kann sein. Aber wo ist der Beleg? Wie soll in einer Demokratie eine Debatte geführt werden, wenn auf Basis purer Vermutungen gestritten wird? Politisch ist es geradezu riskant, solche öffentlich vorgebrachten Positionen durchweg als rechtsradikal und fremdenfeindliche Hetze zu denunzieren.

Keine Koexistenz?

Bleibt die Frage: Wie stark ist Pegida? Diese Bewegung startete vor Wochen in Dresden und wuchs dort am letzten Montag, also nach den Anschlägen von Paris, auf eine Demonstrationsstärke von – laut Polizeiangaben – 25000 TeilnehmerInnen an. In vielen Städten gibt es seit längerem Aufrufe, es den DresdnerInnen gleichzutun. Dort blieb es jedoch bestenfalls bei gelegentlichen kleinen Kundgebungen; der Erfolg blieb in Dresden.

PEGIDA SCHWEIZ

Abendland an der Fasnacht?

Eines ist sicher: Am 16. Februar werden Tausende, ja Zehntausende Menschen auf die Strasse gehen: in der Zentralschweiz, in der Ostschweiz, vom Bodensee bis Chiasso. Alles ohne Demonstrationsbewilligung, aber mit behördlich geduldeter Missachtung von Vermummungsverboten. So will es ein verbreiteter Brauch des christlichen Abendlandes: die Fasnacht. Genau an diesem «Güdismontag» will der Ostschweizer Ignaz Bearth an einem Pegida-Schweiz-«Abendspaziergang» als Redner auftreten, zusammen mit Edwin Urecht von Pegida Dresden und Tatjana Festerling von der Alternative für Deutschland.

Der umtriebige Bearth, einst ein Rechts-extremer, nun der einzig öffentlich auftretende Exponent von Pegida Schweiz, hat schon einiges

Der zweite Blick zeigt jedoch eine Kontinuität: Vor Pegida gab es die Initiative «Hooligans gegen Salafisten». Davor, im September 2012, wurde die Alternative für Deutschland gegründet, die in Teilen zumindest sehr islamскеptisch ist. Noch länger, seit 2010, wird Sarrazins Buch gekauft, in dem er die These vertritt, dass die muslimische Zuwanderung zu Deutschlands Niedergang führen könne. Und morgen wird es eine neue Gruppierung sein, die zu Aktionen aufruft.

Mit anderen Worten: Diese Aktivitäten bringen in unterschiedlichen Formen nur das an den Tag, was DemoskopInnen seit Jahren zuverlässig messen. «Die Mehrheit (der Bevölkerung) bezweifelt schon seit Jahren die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz von Islam und christlich geprägten Ländern», schrieb im Dezember das Institut für Demoskopie Allensbach in einer Untersuchung. «Das Bild vom Islam ist seit langem stark von den Assoziationen Gewaltbereitschaft, Intoleranz und Fanatismus geprägt.» Zugleich würden die Befragten bekennen, dass ihr Wissen über den Islam begrenzt ist. Es gibt also noch Spielraum für eine aufklärerische Politik – und eine aufklärerische Berichterstattung.

angeschoben, was dann kaum vom Fleck kam. Im Sommer 2012 gründete er – nachdem er die SVP eher unfreiwillig verlassen hatte – die Direkt-demokratische Partei (DPS) und sprach von grosser «Resonanz». Diese fand Bearth nur in Medien, die seine Ankündigungen wiederholt gross aufgemacht verbreiteten und diskutierten. Auch am vergangenen Wochenende.

Den Pegida-Kundgebungsort will Organisator Bearth erst nach Vorliegen der behördlichen Demobewilligung bekannt geben. Die Auswahl an geeigneten Orten ist fasnachtsbedingt eingeschränkt, der Zulauf aus katholischen Gebieten wäre wohl bescheiden. Ausser die helvetischen Pegida-TrittbrettfahrerInnen gehen an die Fasnacht. **HANS STUTZ**

GRUNDRECHTE UND MINDERHEITENSCHUTZ

Wie viel trägt ein nackter Mohammed zur Meinungsbildung bei?

Satire darf fast alles, hat aber eine Verantwortung gegenüber Minderheiten. Der Berner Rechtsphilosoph und Grundrechtesspezialist Jörg Paul Müller erklärt, warum Gesellschaften gut beraten sind, diese wahrzunehmen.

INTERVIEW: MARKUS SPÖRNDLI

WOZ: Herr Müller, Sie haben sich über Jahrzehnte für die Wahrung von Grund- und Menschenrechten eingesetzt. Besonders scheint Ihnen dabei die Meinungsäusserungsfreiheit am Herzen zu liegen – warum?

Jörg Paul Müller: Neben den Garantien der Menschenwürde ist Meinungsäusserungsfreiheit in jeder rechtsstaatlichen Demokratie das zentralste aller Grundrechte. Ohne sie ist eine demokratische Willensbildung nicht möglich. Dazu gehört besonders die Medienfreiheit, aber auch etwa die Freiheit der Kunst. Die Meinungsfreiheit darf vom Staat nicht behindert werden, er sollte sie im Gegenteil schützen und fördern.

Seit dem Anschlag auf «Charlie Hebdo» wird nun die Satire praktisch zu einer unantastbaren Heiligkeit erhoben ...

Satire ist eine ganz wichtige Form, eine Meinung zu äussern. Wie die Kunst ermöglicht sie, auch in repressiven Regimes Kritik zu üben, selbst wenn Zensur besteht. Den beiden Formen der Meinungsäusserung muss deshalb ein erhöhter Schutz, ein erhöhter Spielraum zugesprochen werden. Die gute Satire soll nach Kurt Tucholsky

gerade für die Unterdrücker, gegen die sie sich wendet, nicht ohne weiteres verständlich sein.

Ein absoluter Schutz?

Satire darf sehr viel, aber nicht alles. Sie ist nicht zuletzt an das Strafrecht gebunden. In der Schweiz wird etwa nicht nur Rassendiskriminierung, sondern auch die «Störung der Glaubens- und Kulturfreiheit» bestraft. Darunter kann auch die Verspottung des «Glaubens an Gott» fallen. Daneben bestehen allgemeinere kulturelle Normen, die Bestandteil einer demokratischen Kultur sind und immer wieder neu ausgehandelt werden müssen. In der Schweiz finden sie etwa Ausdruck in Richtlinien des Presserats oder in der Praxis der Unabhängigen Beschwerdeinstanz des Bundes. Diese hat schon weit weniger provokative Satireproduktionen beanstandet, etwa eine Radio-sendung, in der ein Geschlechtsakt mit biblischen Aussagen von Jesus am Kreuz verbunden wurde.

Einige Provokationen von «Charlie Hebdo», insbesondere sexuelle Darstellungen des Islam, besonders Mohammed, konnten sich eigentlich nur an die muslimischen Gemeinschaften

in Frankreich richten – eine sozial und politisch schwache Minderheit ...

Das kommt hinzu. Der Schutz von Minderheiten in politischer, religiöser und weltanschaulicher Hinsicht ist ein zentrales Anliegen des Menschenrechtsschutzes und Grundlage einer pluralistischen Demokratie. Die Mehrheit kann sich politisch durchsetzen. Die Minderheiten bedürfen des Schutzes durch das Recht. Einige der Mohammed-Karikaturen von «Charlie Hebdo», die einzig auf Provokation aus sind, tragen kaum etwas zur Meinungsbildung bei. Aber selbstverständlich rechtfertigt auch eine für Minderheiten verletzende Karikatur auf keinen Fall Gewalt gegen die Redaktoren.

Nun berufen sich etwa die Pegida oder die SVP auf die Meinungsäusserungsfreiheit – Akteure, die solche Grund- und Menschenrechte gleichzeitig bekämpfen. Werden diese zunehmend zum Schaden von Minderheiten ausgehöhlt?

Ich teile den Pessimismus nicht. Besonders seit dem Zweiten Weltkrieg hat es im Menschenrechtsschutz auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene Fortschritte gegeben, die

nicht so rasch rückgängig zu machen sind. Natürlich ist Minderheitenschutz für die Mehrheit oft etwas Unangenehmes. Reibungen sind da auch normal, besonders in zunehmend multikulturellen Gesellschaften.

Eine sehr optimistische Sicht.

Nein, eher eine realpolitische. Letztlich wissen auch mächtige Akteure, dass sie selbst vom Minderheitenschutz profitieren: Die Unterdrückung von Minderheiten führt irgendwann immer zu Gegengewalt. Das zeigt die Geschichte, auch die der Schweiz. Ihre heutige Staatsordnung mit der Befriedung konfessioneller und kultureller Spaltungen basiert darauf. Und noch etwas: Niemand kann sicher sein, dass er morgen nicht zu einer Minderheit gehört. Ich hatte kürzlich einen Unfall, ich war auf Krücken und die Hilfe von anderen angewiesen. Das Verbot der Diskriminierung Behindeter ist plötzlich mir zugutegekommen.

Jörg Paul Müller (76) war drei Jahrzehnte lang Professor für öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Uni Bern. Er war zudem nebenamtlicher Richter am Bundesgericht und präsidierte die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI).